

Presseinformation

24. November 2016

Recht auf Bildung - Umsetzung der Inklusiven Bildung in Niederösterreich

2. öffentliche Sitzung des NÖ Monitoring-Ausschusses am 6. Dezember in St. Pölten

„Die UN-Behindertenrechts-Konvention besagt, dass Menschen mit Behinderungen ein Recht auf Bildung haben. Die zweite öffentliche Sitzung des NÖ Monitoring-Ausschusses wird sich mit dem Stand der Umsetzung der Inklusiven Bildung in Niederösterreich beschäftigen“, kündigt Dr. Christine Rosenbach, Vorsitzende des NÖ Monitoring Ausschusses, an. Die Sitzung findet am 6. Dezember in St. Pölten statt.

Von rund 111.000 Schülerinnen und Schülern in öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen in Niederösterreich haben etwa 5,6 Prozent einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Fast die Hälfte von ihnen besucht derzeit Sonderschulen.

Bei der Sitzung werden aus zwei Schulen praktische Erfahrungen mit integrativem bzw. inklusivem Unterricht geschildert: Direktor Alfred Waldherr von der Europaschule (NMS) Wiener Neustadt und Direktorin Andrea Strohmayer von der Volksschule/Neuen Mittelschule Rappottenstein berichten aus ihren Bildungseinrichtungen. Über die theoretischen Voraussetzungen einer inklusiven Schule wird Dr. Marie-Luise Braunsteiner von der Pädagogischen Hochschule NÖ referieren. Anschließend können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erfahrungen zur inklusiven Bildung bei sogenannten „Themen-Tischen“ einbringen. Ebenso wird die Bildungs-Landesrätin Mag. Barbara Schwarz erwartet.

Der NÖ Monitoring-Ausschuss ist eine unabhängige und weisungsfreie Einrichtung. Er überwacht die Einhaltung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen durch die öffentliche Verwaltung für den Bereich der NÖ Landeskompetenz. Für die Teilnahme an der öffentlichen Sitzung am 6. Dezember ist eine Anmeldung unter www.noel.gv.at/monitoringausschuss notwendig.

Nähere Informationen: Gleichbehandlungsbeauftragte Dr Christine Rosenbach, Telefon 02742/9005-16212, e-mail POST.GBB@noel.gv.at.